



Petra Merkel, MdB

Newsletter \*\*\* Newsletter \*\*\* Newsletter

Ausgabe: 06/2006

\*\*\*\*\*

### **Aus dem Bundestag**

\*\*\*\*\*

## **SGB II FORTENTWICKLUNGSGESETZ**

Am 1. Juni 2006 wurde das SGB II Fortentwicklungsgesetz in 2. und 3. Lesung im Bundestag behandelt. Die Diskussion hat gezeigt, dass von vielen Seiten die Skandalisierung im Mittelpunkt steht und das Informationsbedürfnis groß ist. Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer Grundsicherung für Arbeitsuchende zum 1. Januar 2005 war richtig. Wir haben damit Hunderttausende aus der Sackgasse der Sozialhilfe in die Vermittlung geholt. Die gemachten Erfahrungen zeigen aber, dass die Zielgenauigkeit der Instrumente noch verbessert werden muss. Dazu wurde am 1. Juni 2006 der Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und CDU/CSU zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende beschlossen. Das Gesetz soll zum 1. August 2006 in Kraft treten.

### **Mit dem SGB II haben wir Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Januar 2005**

**zusammengelegt.** Damit haben wir die alten Verschiebebahnhöfe für Arbeitslose Erwerbsfähige zwischen Sozialamt und Arbeitsagentur beendet. Ein so umfangreiches Reformvorhaben ist komplex und bedarf der Nachsteuerung. Wir haben heute mehr Bedarfsgemeinschaften als wir ursprünglich vorausgesehen haben. Das führte zu mehr Ausgaben im SGB II als geplant. Mit dem SGB II - Fortentwicklungsgesetz wollen wir die Ausgaben für den nachsorgenden Sozialstaat verringern und damit Handlungsspielräume für den vorsorgenden Sozialstaat schaffen. Die SPD-Position ist dabei klar: Niemandem darf die Hilfe vorenthalten werden, der er bedarf.

### **Flexible Anpassungen gerechtfertigt und nötig**

Ein so komplexes Vorhaben wie die Arbeitsmarktreform hat naturgemäß seine Probleme. Flexible Anpassungen sind gerechtfertigt und auch nötig. Mit dem Gesetz soll sichergestellt werden, dass die vorhandenen Mittel für Maßnahmen im SGB II-Bereich so effizient und zielgenau wie möglich eingesetzt werden können.

### **Ständige Weiterentwicklung**

---

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 77262 • 📠 (030) 227 – 76263

✉ [petra.merkel@bundestag.de](mailto:petra.merkel@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro**

Goethestr. 80 • 10623 Berlin • ☎ (030) 3138882 • 📠 (030) 31800168

[www.petra-merkel.de](http://www.petra-merkel.de)



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Die rot-grüne Vorgängerregierung hat die größte Arbeitsmarktreform in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg gebracht. Der viel zitierte aktuelle Prüfungsbericht des Bundesrechnungshofes zur Grundsicherung für Arbeitslose zeigt auf, dass es in der Umsetzung der Hartz-Reformen noch Verzögerungen gibt. Das ist nicht erstaunlich, andere Länder haben für derart umfangreiche Reformen einen Zeitraum von über fünf Jahren gebraucht. Die Umsetzung der bestehenden Gesetze muss oberste Priorität haben. Die Arbeitsagenturen, die Argen und die Optionskommunen sind aufgefordert, die bestehenden Möglichkeiten effektiver zu nutzen. Mit dem Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende wird das bestehende Gesetz da verbessert, wo es notwendig ist, um Menschen in Arbeit zu bringen. Weitere Einsparungen müssen durch Vermittlung in Beschäftigung und nicht durch Kürzung passiver Leistungen erfolgen. Eine Generalrevision des SGB II ist nicht notwendig.

### **Zentrale Anliegen des Fortentwicklungsgesetzes:**

- Verbesserte Betreuung der hilfebedürftigen Arbeitsuchenden aus einer Hand,
- Optimierung der praktischen Umsetzung der SGB II-Reform,
- Erhöhung des Schonvermögens für die Alterssicherung bei gleichzeitiger Absenkung des freien Vermögens,
- schnellere Aktivierung der Arbeitsuchenden,
- Unterstützung junger Menschen bei der Integration in den Arbeitsmarkt,
- Schließung von Sicherungslücken,
- bedarfsgerechte Ausgestaltung der Leistungen durch einen Zuschuss zu den Wohnkosten für Bezieher von BAföG und Berufsausbildungsbeihilfe,
- Stärkung der Flexibilität im System, um so besser auf den Einzelfall eingehen zu können,
- Zurückdrängung nicht berechtigter Ansprüche.

### **Die wichtigsten Änderungen**

- Erwerbsfähigen Personen, die Arbeitslosengeld II beantragen, sollen Sofortangebote unterbreitet werden. Wer innerhalb eines Jahres zwei Mal eine angebotene Stelle oder Qualifizierung ausschlägt, muss mit einer Kürzung bis zu 60 Prozent rechnen, nach dreimaliger Ablehnung kann eine komplette Streichung der Leistungen erfolgen. Ziel ist es, einer länger andauernden Zeit der Hilfebedürftigkeit vorzubeugen und die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme zu prüfen und zu erhöhen.
- Bei einem Jugendlichen kann künftig auch von der Übernahme der Kosten der Unterkunft abgesehen werden, wenn dieser wiederholt ein Angebot ablehnt. Im Gegenzug kann der Fallmanager die Sanktion dann wieder zurücknehmen, wenn der Jugendliche seinen Pflichten - wenn auch verspätet - nachkommt.
- Künftig wird Vermögen zur Altersvorsorge stärker geschont. Der Freibetrag für private Altersvorsorge soll auf 250 statt derzeit 200 Euro pro Lebensjahr angehoben werden. Der Höchstbetrag für sonstiges Vermögen soll im Gegenzug von 200 auf 150 Euro pro Lebensjahr gesenkt werden. Von einer Anrechnung unberührt bleiben weiterhin Einzahlungen in Riester-Verträge zur Altersvorsorge.
- Die Frage, wer zu beweisen hat, ob eine eheähnliche Gemeinschaft vorliegt, wird geändert. Zukünftig wird die Beweislast umgekehrt und der Betroffene muss die Vermutung, dass es sich um eine Bedarfsgemeinschaft handelt, gegebenenfalls widerlegen und dies auch beweisen. Außerdem sollen gleichgeschlechtliche Partnerschaften eheähnlichen Gemeinschaften gleichgestellt werden. Sie können eine Bedarfsgemeinschaft bilden, auch wenn es sich nicht um eine eingetragene Lebenspartnerschaft handelt.



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

- Im Unterschied zur früheren Sozialhilfe werden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes mit Ausnahme der Kosten der Unterkunft und der Heizung grundsätzlich in pauschalierter Form erbracht. Darüber hinausgehende Leistungen werden ausgeschlossen.
- Neu hinzugekommen nach der 1. Lesung ist, dass die bisherige Ich-AG und das Überbrückungsgeld zu einem neuen Existenzgründungszuschuss für Arbeitslose zusammengefasst werden.

Das Fortentwicklungsgesetz ist mehr als ein Spargesetz. Wir verbessern die Strukturen und erleichtern Verwaltungsabläufe, um mehr Zeit für Betreuung und Vermittlung zu haben. Regelungen gegen Leistungsmissbrauch sind nur ein Element unter vielen neuen Regelungen. Wir sind uns mit unserem Koalitionspartner einig, dass wir Leistungsmissbrauch nicht dulden können. Bei der Suche nach Wegen und Mitteln war es nicht immer einfach, einen tragfähigen Kompromiss mit unserem Koalitionspartner zu finden. Falsch ist es jedoch das Thema Leistungsmissbrauch überzubewerten. Der Bericht des Bundesrechnungshofes hat gezeigt, wo die Probleme wirklich liegen. Das Fördern wird bisher nicht richtig umgesetzt. Die gesetzlichen Möglichkeiten werden bei weitem nicht ausgeschöpft.

Mit dem SGB II - Fortentwicklungsgesetz wird die Grundsicherung für Arbeitssuchende effizienter gemacht. Die Mittel werden zielgenauer eingesetzt. Leitgedanke ist und bleibt, dass Arbeitssuchende gefördert und gefordert werden.

## **Wichtige Detailregelungen im SGB II – Fortentwicklungsgesetz**

**Wir wollen eheähnliche Gemeinschaften und verheiratete Paare im Sozialgesetz gleich behandeln.** Um Klarheit zu schaffen, formulieren wir eindeutige Kriterien für das Bestehen einer eheähnlichen Gemeinschaft: Dauerhaftigkeit und Kontinuität einer Beziehung, das Bestehen einer Haushalts- und Wirtschaftsgemeinschaft, die gemeinsame Versorgung von Angehörigen und Kindern. Diese Kriterien greifen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts auf. Die Frage, wer zu beweisen hat, ob eine eheähnliche Gemeinschaft vorliegt, wird geändert. Künftig wird die Beweislast umgekehrt und der Betroffene muss die Vermutung, dass es sich um eine eheähnliche Gemeinschaft handelt, widerlegen. Dies führt in der Praxis zu weniger Kontrollen, denn bisher musste die Bundesagentur oder die Kommune diesen Beweis antreten und damit in die Privatsphäre der Paare eindringen.

**Wir finden, dass ein Kinderwagen zur Erstausrüstung bei der Geburt eines Kindes dazu gehört.** Dies ist im SGB II bisher nicht deutlich genug geregelt. Deshalb stellen wir dies jetzt klar.

**Wir wollen, dass Arbeitssuchende ihre Qualifizierungsmaßnahmen zu Ende bringen, auch wenn die Bedürftigkeit wegfällt.** Nur dann besteht nämlich der Anreiz bereits während der Maßnahme eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Und gleichzeitig fördern wir die Chance auf eine höherwertige Beschäftigung nach Abschluss der Maßnahme.

**Durch das SGB II-Fortentwicklungsgesetz wird der Bund im laufenden Jahr 400 Millionen Euro und die Gemeinden rund 100 Mio. Euro einsparen.** Ab 2007 wird der Bund jährlich 1,2 Mrd. Euro einsparen können und die Gemeinden rund 300 Mio Euro.

## **Hintergrundinfo Entwicklung Bedarfsgemeinschaften**

Wir haben heute mehr Bedarfsgemeinschaften als ursprünglich vorausgesehen. Im Vermittlungsverfahren im Jahr 2004 wurde von 2,66 Mio. Bedarfsgemeinschaften ausgegangen.



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Tatsächlich gab es im Mai 2006 3,96 Mio. Bedarfsgemeinschaften.

Durch die SGB II - Reform haben wir viele Menschen aus der verdeckten Armut geholt. Auch weil wir die Anrechnung von Vermögen und die Rückgriffsmöglichkeiten auf Angehörige im Vergleich zur Sozialhilfe deutlich zugunsten der Hilfeempfänger verbessert haben, z. B. musste früher der 60jährige Vater für seine 40jährige Tochter einstehen, das ist heute nicht mehr so.

Die bisher ungünstige Situation am Arbeitsmarkt hat auch dazu geführt, dass wir mehr Langzeitarbeitslose haben als früher. Die neuesten Arbeitsmarktzahlen deuten hier eine Trendwende an und stimmen zuversichtlich.

Der Umbau der Arbeitsverwaltung und der Aufbau der ARGEN ist noch in vollem Gange. Das Fördern hat bei weitem noch nicht den notwendigen Stellenwert erreicht. Die Kompromisse aus dem Vermittlungsverfahren des Jahres 2003 zu den Organisationsstrukturen wirken hier noch heute erschwerend. Eine eindeutige Zuständigkeit des Bundes hätte viele Dinge erleichtert.

Hinzu kommt, dass bei der Kostenentwicklung nicht nur die Ausgaben für das Arbeitslosengeld II zu Grunde gelegt werden können, sondern auch die Entwicklung beim Arbeitslosengeld I zu berücksichtigen ist. Beim ALG I wird mit einem Überschuss von bis zu 6 Mrd. Euro gerechnet.

## **STEUERÄNDERUNGSGESETZ**

### **Neuregelungen ab 2007**

Die größte Herausforderung der kommenden Jahre ist, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte nachhaltig zu begrenzen und finanzielle Handlungsspielräume zu gewinnen, um strukturelle Reformen konsequent angehen zu können. In der Steuerpolitik müssen dafür die Einnahmen stabilisiert, die steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten beseitigt und unnötige Steuersubventionen abgebaut werden. Ein weiteres Maßnahmenpaket dazu haben wir mit dem Steueränderungsgesetz 2007 auf den Weg gebracht.

### **Folgende Steueränderungen sind u.a. vorgesehen:**

**Spitzensteuersatz (sog. Reichensteuer):** Der Spitzensteuersatz soll ab einem zu versteuernden Einkommen von über 250.000 Euro für Ledige und 500.000 Euro für Verheiratete von 42 auf 45 Prozent erhöht werden. Zeitlich befristet - bis die geplante Unternehmensteuerreform 2008 in Kraft tritt - sollen davon sog. Gewinneinkünfte (Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit) ausgenommen werden. Die unterschiedliche Behandlung der gewerblichen Einkünfte im Vergleich zu den übrigen Gewinneinkunftsarten wäre verfassungsrechtlich nicht zu halten. Die Reichensteuer hat nicht nur - wie das häufig öffentlich behauptet wird - einen symbolischen Wert, weil sie ein sichtbares Zeichen ist, dass auch Spitzenverdiener in Zeiten knapper Kassen einen Konsolidierungsbeitrag leisten müssen. Sie bringt auch viel Geld ein. Das Steuer Mehraufkommen beläuft sich ab 2009 auf 1,3 Milliarde Euro pro Jahr. Nur in den Jahren 2007 und 2008 wird durch die befristete Entlastung der o.g. Gewinneinkünfte das Mehraufkommen vermindert.

**Kindergeld/-freibeträge:** Die Anspruchsdauer auf das Kindergeld und die Kinderfreibeträge soll von 27 Jahre auf 25 Jahre abgesenkt werden. Heute 25- bis 27-Jährige sollen von der Neuregelung nicht betroffen werden. Heute 24-Jährige sollen bis zur Vollendung ihres 26. Lebensjahrs berücksichtigt werden.



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

**Entfernungspauschale:** Künftig soll die Entfernungspauschale von 30 Cent je Kilometer nur noch für Strecken oberhalb von 20 Kilometern steuerlich berücksichtigt werden. Dabei ist allerdings darauf hinzuweisen, dass bereits nach geltendem Recht der weiterhin geltende Arbeitnehmerpauschbetrag (920 Euro) Entfernungen von der Wohnung zur Arbeitsstelle bis zu 14 Kilometern (bei 220 Arbeitstagen) abdeckt

**Sparerfreibeträge:** Der Sparerfreibetrag soll für Ledige von 1.370 Euro auf 750 Euro und für Verheiratete von 2.740 Euro auf 1.500 Euro herabgesetzt werden.

**Werbungskosten:** Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer sollen nur noch dann abzugsfähig sein, wenn dieses den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit bildet. Die Regelung dient insbesondere der Verwaltungsvereinfachung und soll die bisher sehr schwierige Abgrenzung der beruflichen zur privaten Lebenssphäre präzisieren.

\*\*\*\*\*

**Aus dem Wahlkreis**

\*\*\*\*\*

## **Politik trifft Fußball am Sonntag, den 25. Juni 2006**

Der WM-Countdown läuft – Am Freitag begann die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland. Die Begeisterung ist riesengroß. Auch Berlin zeigt sich von seiner besten Seite. Angefangen vom Wetter, über die Fan-Meile am Brandenburger Tor, die Autocorsos am Ku'Damm bis zu den vielen Kneipen und Cafés in denen man drinnen oder auch draußen die Spiele verfolgen kann.

Die ganze Fußballwelt fiebert mit, wenn die Teams aus 32 Nationen um den Weltmeistertitel kämpfen. Live im Stadion dabei sein können leider nicht alle – doch in der Adidas-Arena, dem Nachbau des Olympiastadions auf dem Platz der Republik, direkt vor dem Reichstagsgebäude, haben über 10.000 Fans die Gelegenheit, Spiele live auf Großbildleinwänden in einer einzigartigen Atmosphäre zu verfolgen.

Ich habe für den **25. Juni 2006** Karten in der Bundestagsarena und der Adidas-Arena reserviert. Zunächst haben wir in der Bundestagsarena – dem Nachbau der Reichstagskuppel zwischen dem Paul-Löbe-Haus und dem Bundeskanzleramt – Zeit für ein „Warm up“. Im Anschluss daran gehen wir gemeinsam in die Adidas-Arena und schauen uns die Live-Übertragung des **WM-Achtelfinales um 17.00 Uhr 1. Gruppe B gegen 2. Gruppe A** an.

**Die Karten kosten 3,00 Euro.**

Beim Besuch der Bundestagsarena entstehen keine zusätzlichen Kosten. Es handelt sich dabei um ein Angebot des Deutschen Bundestages zur politischen Information. Jedoch ist zu beachten, dass es sich bei der Veranstaltung um ein „Paket“ handelt – nur wer die Plätze in der Bundestagsarena in Anspruch nimmt, erhält auch die Tickets für die Adidas-Arena. Die Tickets für den Besuch der Adidas-Arena zur Übertragung des Achtelfinalspiels werden dann vor Ort in der Bundestagsarena ausgegeben.

Bei Interesse melden Sie sich bitte für eine Reservierung unter 030 – 227 77262.

## **DIE BUNDESTAGSARENA**



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Seit dem 7. Juni 2006 ist die Bundestagsarena offen für Gäste. Während der Fußballweltmeisterschaft können sich Besucher hier über Geschichte und Arbeit des Parlaments informieren. Die Bundestagsarena liegt zwischen dem Kanzleramt und dem Paul-Löbe-Haus. In der Arena sind wie im Plenarsaal des Bundestages 550 Plätze halbkreisförmig angeordnet, nach Fraktionsstärke eingeteilt und entsprechend farblich gestaltet. Die Arena ist bis zum 09. Juli 2006 täglich von 9 bis 22 Uhr geöffnet. Die Bundestagsarena ist ein weltweit einzigartiges parlamentarisches Projekt: WM-Besucher werden sich unter der gläsernen Kuppel über die Arbeit und Funktionsweise des Bundestages informieren können. Das Motto lautet "Zu Gast beim Parlament"

### **BERLINER TAFEL**

Auf der letzten Vorstands- und Beiratssitzung der BERLINER TAFEL STIFTUNG am 7. Juni 2006 wurde ich in den Beirat berufen. Die Berliner Tafel Stiftung wurde im Februar 2005 ins Leben gerufen - sie soll helfen das Engagement der Berliner Tafel e.V. langfristig finanziell abzusichern.

Die Berliner Tafel e.V., als gemeinnützige Organisation in Berlin gegründet, ist die älteste Tafel Deutschlands. Bereits seit 1993 sammeln die Mitglieder, Helfer und Helferinnen der Berliner Tafel e.V. gespendete Lebensmittel und geben sie umgehend an soziale und karitative Einrichtungen in der Hauptstadt weiter. Denn täglich werden allein in Berlin Tonnen frischer, essbarer aber überschüssiger Lebensmittel weggeworfen und entsorgt. Eigentlich gibt es genug Lebensmittel für alle. Sie müssen nur besser verteilt werden. Dafür gibt es die Berliner Tafel e.V., sie schafft die notwendige logistische Verbindung zwischen denen, die zuviel, und denen, die zu wenig haben. Auf diese Weise hilft die Berliner Tafel e.V. jeden Tag unzähligen Kindern, Armen und Bedürftigen.

### **Mit 2,75 Euro sind Sie dabei**

Einen wichtigen Anteil am Bestehen und dem tagtäglichen Betrieb der Berliner Tafel e.V. haben die engagierten aktiven und passiven Mitglieder, die den Verein mit ihrem finanziellen Beitrag nachhaltig finanziell unterstützen. Mitglied der Berliner Tafel e.V. können alle Frauen und Männer werden, die die Arbeit des Vereins mit Rat, Tat oder Spenden unterstützen wollen - jeder Beitrag zählt.

Für 2,75 Euro können Sie Mitglied der Berliner Tafel e.V. werden und den Tafelgedanken leben! Mehr Informationen und den Aufnahmeanträge finden Sie unter <http://www.berliner-tafel.de>

### **DENKMAL FÜR DERSU**

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle einen Spendenaufruf des Kiezbündnis klausenerplatz e.v weitergeben:

„Vor zwei Jahren, am 23. März 2004 wurde der 9-jährige Dersu Scheffler an der Kreuzung Bismarck-/Kaiser-Friedrich-Straße von einem nach rechts abbiegenden LKW überrollt. Dieser tödliche Unfall ging damals durch alle Medien...Die Statistik des letzten Jahres hat ergeben, dass an jedem 5. Tag ein Mensch im Berliner Straßenverkehr getötet wird. Grund genug, endlich etwas dagegen zu unternehmen.

Eine Initiative im Kiez am Klausernplatz hat sich zum Ziel gesetzt, diesen Missstand aufzuzeigen und an der Unfallstelle ein Mahnmal für die Opfer im Kindesalter zu errichten. Die Einweihung soll im Herbst im Zusammenhang mit der Einschulung neuer Erstklässler stattfinden. In der BVV



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Charlottenburg-Wilmersdorf wurde diesem Anliegen zugestimmt und Unterstützung bei der Aufstellung des Mahnmals zugesagt.

Die Bildhauerin Rachel Kohn hat eine Stele entworfen, auf deren Spitze ein Haus steht, das keine Tür hat. Zu diesem führt eine schmale, kaum begehbare Treppe, die mittendrin endet. Der Künstler Michael Stürenburg wird eine Keramikplatte anfertigen, die ein von Dersu Scheffler gemaltes Bild zeigt.

Für die Realisierung dieses Projektes werden 10.000 Euro benötigt, die in einer Spendenaktion gesammelt werden sollen. Durch Konzerte u.ä. ist bereits ein großer Teil zusammengekommen, es werden aber noch Spenden - auch kleinere Beträge! - benötigt. Spendenkonto:., kto-nr. 635 271 100, postbank berlin (blz 10010010), Verwendungszweck: "mahnmal". weitere Infos bei Lutwin temmes (Tutemmes@web.sde)"

\*\*\*\*\*

**Dies und das**

\*\*\*\*\*

## **DER SOZIALE TAG - 22. Juni 2006**

Auch in diesem Jahr werde ich wieder am Sozialen Tag teilnehmen. Schülerinnen und Schüler arbeiten am 22. Juni 2006 einen Tag lang und spenden ihren Lohn der Organisation „Schüler helfen Leben“, die damit soziale Projekte in Osteuropa finanziert. Wer seinen sozialen Tag 2006 bei mir verbringen möchte und für mich am 22. Juni tätig werden will, meldet sich in meinem Büro (030 – 227 77262)

In diesem Jahr findet der Soziale Tag zum ersten Mal in ganz Deutschland statt, organisiert von Aktion Tagwerk und Schüler Helfen Leben. Mit dem eingenommenen Geld vom Sozialen Tag werden Jugend- und Bildungsprojekte in Afrika, Asien und Südamerika (Aktion Tagwerk) sowie Südosteuropa (Schüler Helfen Leben) unterstützt. Das Geld, das die teilnehmenden Schüler erarbeiten, fließt zum Teil in neue Projekte, außerdem werden laufende Projekte über die Stiftungen beider Vereine langfristig abgesichert. Welche neuen Projekte mit den Geldern des Sozialen Tages unterstützt werden, konnten delegierte Schüler jeder teilnehmenden Schule auf verschiedenen Projektauswahltreffen mitentscheiden. Wofür sie sich entschieden haben, steht auf den Vereinsseiten (<http://www.sozialertag.de>).

Sollte die Deutschlandarbeit und die Kampagnenkosten nicht vollständig durch Sponsorengelder gedeckt werden, können bis zu 10% der Gesamteinnahmen zur Deckung dieser verwendet werden. Alles Übrige geht zur einen Hälfte direkt in Projekte zur Bildungs- und Jugendarbeit und zur anderen Hälfte als Zustiftung in das jeweilige Stiftungskapital der Stiftungen, um auch langfristig Bildungs- und Jugendprojekte fördern zu können. Aktion Tagwerk und Schüler Helfen Leben sind für ihre Projekte und die Verwendung der Gelder, das sie in den von ihnen betreuten Bundesländern bekommen, allein verantwortlich.

## **Die Projekte von Schüler Helfen Leben**

1. Tagesstätte für behinderte Kinder (Maglaj/Bosnien-Herzegowina)

Thema: Einrichtung und Inbetriebnahme einer Tagesstätte für Behinderte

Träger: Societas Humanitatis



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

2. Bildung durch Straßensozialarbeit (Skopje/Mazedonien)  
Thema: Ermöglichung von Grundbildung für sozial schwache Kinder und Jugendliche  
Träger: Caritas Essen
3. Jugendzentrum gegen Rechtsextremismus (Novi Sad/Serbien)  
Thema: Stärkung des sozialen Engagements von Jugendlichen gegen Rechts
4. Kreative Schaffenskraft (Tuzla/Bosnien-Herzegowina)  
Thema: Arbeit mit behinderten Kindern und Jugendlichen in Bosnien-Herzegowina  
Träger: Verein Koraci Nade (deutsch: Flügel der Hoffnung)
5. Jugendzentrum Saranda (Saranda/Albanien)  
Thema: Aufbau eines Jugendbildungszentrums in der Stadt Saranda  
Träger: Zentrum für Jugendliche Saranda
6. Jugendgesundheitsinitiative für Südosteuropa (Serbien, Montenegro, Kroatien und Bosnien-Herzegowina)  
Thema: Initiative für Teenager-Gesundheit im westlichen Balkan  
Träger: Care International

Mehr Infos zu den Projekten gibt es auf der Homepage von  
<http://www.schuelerhelfenleben.de>

## **GASTFAMILIEN GESUCHT**

Die **AFS Interkulturelle Begegnungen e.V. sucht** Gastfamilien für Schüler aus aller Welt. Die AFS ist die größte und älteste Jugendaustauschorganisation weltweit. AFS ist gemeinnützig, arbeitet nicht-kommerziell und auf ehrenamtlicher Basis. AFS bietet Schüleraustausch, Gastfamilienprogramme und Freiwilligendienste mit über 40 Ländern an.

Anfang September reisen viele Jugendliche aus Neuseeland, China, Argentinien und vierzig anderen Ländern in Deutschland an. Sie wurden in ihren Heimatländern ausgewählt und vorbereitet, um hier für elf Monate zur Schule gehen, Deutsch zu lernen und unsere Kultur kennen zu lernen. Familien aus Deutschland sind eingeladen, einem dieser jungen Menschen als Gastfamilie ein Zuhause auf Zeit zu geben. Gemeinsam können dann Gastfamilie und Austauschschüler die deutsche und die fremde Kultur besser kennen lernen.

Ich unterstütze die AFS bei ihrer Suche nach Gastfamilien, denn auch die Gastfamilien bekommen viel und können viel vom Aufenthalt eines Austauschschülers in ihrer Familie lernen. Vielleicht ist es Ihnen möglich, ein „Gastkind“ aufzunehmen? Gastfamilie kann fast jeder werden: Familien, Alleinerziehende und Paare ohne Kinder. Einzige Voraussetzungen sind das ehrliche Interesse an anderen Menschen und die Offenheit gegenüber Neuem. Die Schüler wünschen sich Familien, die sie als "Kind auf Zeit" aufnehmen - mit allen Rechten und Pflichten eines normalen Familienmitglieds. Fremdsprachenkenntnisse sind nicht notwendig, denn schließlich wollen die 16-18jährigen hier Deutsch lernen. AFS ist seit über 50 Jahren eine der führenden Austauschorganisationen weltweit. Der gemeinnützige Verein ermöglicht deutschen Jugendlichen ein Jahr im Ausland zu verbringen und Schülern aus aller Welt bei uns in Deutschland zu leben. Das Herz der Organisation sind 2.500 Ehrenamtlichen im ganzen Bundesgebiet, die sich unter anderem vor Ort um die Betreuung der Gastfamilien und der Austauschschüler kümmern. Wer Gastfamilie werden möchte wendet sich an mein Wahlkreisbüro unter 313 88 82 oder meldet sich direkt bei AFS: AFS Regionalbüro Ost  
Telefon: 030/497856-12  
Fax: 030/497856-16





**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

\*\*\*\*\*

## **Termine**

\*\*\*\*\*

### **STARTSCHUSS FÜR DIE SOMMERGESPRÄCHE 2006**

Bitte merken Sie sich jetzt schon den Termin für den Auftakt der Sommergespräch 2006 und des Sommertreffens des SPD-Bürgerbüros und Wahlkreisbüro vor: Ich freue mich, Sie am Freitag, den 7. Juli 2006 von 17.00 bis 19.30 Uhr in der Goethestraße 80 begrüßen zu können.